

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 148. Ratssitzung vom 28. November 2012

3337. 2012/242

Weisung vom 13.06.2012:

Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2011

Antrag des Stadtrats

Der Geschäftsbericht 2011 der Asyl-Organisation Zürich wird gemäss Art. 6 Ziff. 3 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005 genehmigt.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Peter Küng (SP): *Das Geschäftsjahr 2011 war von einer zunehmenden Dynamik im Migrationsbereich geprägt. Es gab 45% mehr Asylgesuchte als im Vorjahr. Diese Entwicklung forderte die Stadt Zürich stark und führte dazu, dass das Personal aufgestockt werden musste. Das Kerngeschäft der AOZ ist nicht alleine die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden. Die AOZ bietet auch Deutschkurse an, Kurse im Bereich Bildung und Arbeitsvermittlung. Weiter werden auch Kurse für Jugendliche angeboten. Ein wichtiges neues Angebot ist der nationale Telefondolmetschdienst. Diskussionsbedarf gab es vor allem beim Defizit von 1.1 Millionen Franken, auf Nachfrage wurden unsere diesbezüglichen Unklarheiten geklärt. Dieses Defizit ist aus den Eigenmitteln des AOZ gedeckt. Für die Mehrheit ist klar, dass die AOZ ein wichtiges Angebot abdeckt. Das Defizit von 1.1 Millionen Franken ist nicht positiv, allerdings erwirtschaftete die AOZ einen Gewinn und für uns ist klar, dass die AOZ nicht gewinnorientiert arbeiten muss.*

Kommissionsminderheit:

Roger Bartholdi (SVP): *Im Jahr 2005 beschloss das Stimmvolk, die AOZ auszugliedern und in eine selbständige öffentliche Stiftung zu überführen. Nichtsdestotrotz können der Stad- und der Gemeinderat die politische Steuerung der AOZ wahrnehmen. Wir von der Stadt Zürich sind Auftraggeber, andererseits ist der Stadtrat im Verwaltungsrat der AOZ vertreten. Dies führt zur Situation, dass der Stadtrat nicht nur Aufträge an sich selber vergibt, sondern sich auch selber kontrolliert. Schaut man sich den Geschäftsbericht an, sieht man, dass die finanzielle Entwicklung ungünstig ist. 2005 wurde den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern mindestens eine kostendeckende Leistungsvereinbarung versprochen. Aus dem Bericht ist nicht ersichtlich, wie das Defizit zustande kam. Der nationale Telefondolmetschdienst scheint schlecht benutzt zu werden. Auch im Bereich Kinderarbeit wirtschaftet die AOZ nicht gewinnbringend. Wir haben die Organisation der AOZ schon immer kritisiert und nun zeigt sich, dass diese Organisation auch finanzielle Einbussen zur Folge haben kann.*

Weitere Wortmeldungen:

Michael Schmid (FDP): Im Geschäftsjahr 2011 leistete die AOZ in einem sehr schwierigen Umfeld professionelle und kompetente Arbeit – unabhängig von diversen Fällen, die wir als problematisch betrachten. In einer Gesamtbetrachtung ist die Arbeit der AOZ positiv zu würdigen. Einige problematische Aspekte wurden von Roger Bartholdi (FDP) bereits angesprochen. Der Geschäftsbericht ermöglicht keine Beurteilung der Leistungsvereinbarungen. In Bezug auf die Leistungsvereinbarungen mit Dritten besteht weiterhin Klärungsbedarf. Als positiv hervorzuheben, ist, dass die AOZ auf Nachfragen seitens der GPK angemessen antwortete.

Irene Bernhard (GLP): Die AOZ ist komplex und oft nur schwer durchschaubar. Die AOZ informierte immer transparent und offen, auch wenn bestimmte Aspekte im Geschäftsbericht erwähnt werden sollten. Jedoch ist es so, dass die AOZ im Wettbewerb mit Drittinstitutionen steht und entsprechend nicht gleich offen wie andere Organisationen informieren können. Wir besitzen aber trotzdem die Oberaufsicht und es bestehen offene Fragen. Diese offenen Fragen stehen jedoch nicht nur im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht 2011. Aus meiner Sicht machte die AOZ im Jahr 2011 absolut korrekte Arbeit.

Christian Traber (CVP): Auch wir hatten ein gewisses Unbehagen beim Geschäftsbericht 2011. Es ist schade, dass auf der Rechnung ein Verlust festgestellt wird, dieser Verlust im Geschäftsbericht aber nicht näher behandelt wird. In der Kommission wurde jedoch darüber transparent informiert. Die ganze Institution ist sehr komplex und es ist gut, dass wir nun kontrollieren werden, wer wofür zuständig ist und wo Optimierungsbedarf besteht.

Tamara Lauber (FDP): Der Informationspolitik der AOZ stehe ich kritisch gegenüber. Auch besorgte Anwohner von Asylzentren wenden sich mitunter an mich. Ich habe diesen Anwohnern den Bericht vorgelegt, das Urteil war vernichtend. Die Anwohner fühlen sich in ihren Anliegen und Sorgen nicht ernst genommen. Diese Situation ist bedenklich.

Dr. Daniel Regli (SVP): Normalerweise wird der Jahresbericht gemeinsam mit der Rechnung abgenommen. Im Juli 2012 wurde die Rechnung abgenommen. Erst durch den Jahresbericht wurden die Verantwortlichen unruhig und verwiesen die AOZ an die GPK. In der GPK und der RPK wurde die Frage aufgeworfen, wie solche Entscheidungen zustande kommen, dass solche nicht gewinnbringenden Projekte, wie beispielsweise der nationale Telefondolmetschdienst, durchgeführt werden und solch massive Verluste einfahren. Als wir Fragen zu den Projekten stellten, die so negativ wirkten, bekamen wir die Antwort, dass die Stadt an diese Projekte keinen Beitrag leistete. Diese Aussage ist mit der Verordnung der AOZ nicht vereinbar, da die Stadt subsidiär für alle Projekte haftet. Es besteht Klärungsbedarf.

3 / 3

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Peter Küng (SP), Referent; Präsident Matthias Probst (Grüne), Irene Bernhard (GLP), Marco Denoth (SP), Renate Fischer (SP), Markus Kunz (Grüne), Christian Traber (CVP)
Minderheit:	Roger Bartholdi (SVP), Referent; Bruno Sidler (SVP)
Enthaltung:	Vizepräsident Michael Schmid (FDP)
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 24 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Geschäftsbericht 2011 der Asyl-Organisation Zürich wird gemäss Art. 6 Ziff. 3 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005 genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 5. Dezember 2012 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat